

<http://www.maz-online.de/Lokales/Potsdam-Mittelmark/Gebuehren-koennten-gewaltig-steigen>

Märkische Allgemeine

Artikel veröffentlicht: Montag, 24.04.2017 17:57 Uhr

Altanschießer in Teltow und Nuthetal

Gebühren könnten gewaltig steigen

In den Zweckverbänden „Der Teltow“ und „Mittelgraben“ wird es ernst. Am Mittwoch werden sich Stadtverordnete und Gemeindevertreter mit den Folgen der Rückzahlung von Anschlussbeiträgen befassen. Hausbesitzer befürchten Gebührensteigerungen bei Wasser und Abwasser. Und auch Mieter werden nicht ungeschoren davon kommen.



Teltow



Wie weiter mit den Gebühren für Wasser und Abwasser? In den Regionen Teltow und Nuthetal/Michendorf soll es bald Antworten geben. Quelle: Fotolia

Teltow/Nuthetal. Zu wichtigen Beratungen über die künftigen Gebühren für Wasser und Abwasser in den Regionen Teltow und Nuthetal/Michendorf kommen Teltower Stadtverordnete und Vertreter des Zweckverbands „Mittelgraben“ morgen in getrennten Sitzungen zusammen. In beiden Gremien werden die finanziellen Folgen der Rückzahlung von unrechtmäßig erhobenen Anschlussbeiträgen diskutiert. Dazu liegt ein Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Göken vor, das vier Varianten für die Zweckverbände „Der Teltow“ und „Mittelgraben“ untersucht. In Kleinmachnow sind die Varianten bereits in der Gemeindevertretung vorgestellt worden. Frühestens im Mai ist mit endgültigen Entscheidungen zu rechnen. Unwahrscheinlich scheint aber, dass die Kommunen hohe

Millionenbeträge aufbringen wollen, um die Rückzahlung sämtlicher jemals bezahlter Anschlussbeiträge zu ermöglichen und auf ein reines Gebührenmodell umzusteigen.

Dass es bei allen Varianten zu Gebührenerhöhungen für Haus- und Grundstücksbesitzer bei Wasser und Abwasser kommen wird, scheint allerdings sicher. Auch Mieter werden wohl betroffen sein, weil die Erhöhungen von den Vermietern voraussichtlich weitergegeben werden. Darauf hat jetzt der Teltower Bürgermeisterkandidat und Stadtverordnete Andreas Wolf (BfB) hingewiesen. Er vermutet Gebührenerhöhungen von bis zu 30 Prozent, die der Zweckverband für die zurückgezahlten Beiträge „erneut abkassieren“ wolle. Wolf hält das für ungerecht und sieht das Land Brandenburg in der Pflicht, die Kosten für die rechtswidrig erhobenen Beiträge zu tragen. Als Bürgermeister würde er „versuchen, diese Belastung für die Bürger per Klagen abzuwehren“, so Wolf.

Von Jürgen Stich